Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9451**

14. Wahlperiode 12. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hans-Ulrich Klose, Christoph Moosbauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Christian Sterzing, Rita Grießhaber, Kerstin Müller (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/8879 –

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Lage im Nahen Osten

A. Problem

Die Eskalation der gewaltsamen Auseinandersetzung im Nahen Osten bedroht den Frieden in der Region und gefährdet die internationale Sicherheit. Ein neuer Friedensprozess im Nahen Osten benötigt die schrittweise Herstellung neuen Vertrauens zwischen Israelis und Palästinensern. Dabei hat Deutschland aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung. Das Existenzrecht Israels ist unantastbar. Israel hat das Recht auf eine Existenz in Frieden und in sicheren Grenzen. Gleichzeit erkennt der Deutsche Bundestag die legitimen Rechte der Palästinenser nach einem demokratischen Staat, der in Frieden und Freiheit Seite an Seite mit Israel existiert, an.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die verstärkten Bemühungen der USA, die Rückkehr zu einem politischen Dialog zu eröffnen. Vor diesem Hintergrund ist das Ideenpapier des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, zum Friedensprozess im Nahen Osten ein wichtiger Beitrag zur Deeskalation und Befriedung der Region. Der Deutsche Bundestag bestärkt die Bundesregierung darin, ihre außenpolitischen Anstrengungen auf dieser Linie vor allem im Rahmen der EU weiterzuverfolgen. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Resolutionen 1397, 1402 und 1403 des UN-Sicherheitsrates und das darin geforderte Ziel zweier Staaten – Israel und Palästina – Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen.

Der Deutsche Bundestag verurteilt Terror und Gewalt. Er verlangt die uneingeschränkte Beachtung der einschlägigen internationalen Schutzkonventionen und des Völkerrechts. Er fordert die Palästinensische Autonomiebehörde auf, unter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien glaubhaft alles zu unternehmen, um terroristische Aktivitäten von palästinensischer Seite zu unterbinden. Der Deutsche Bundestag ist über die Berichte tief beunruhigt, nach denen der Einsatz unverhältnismäßiger militärischer Gewalt eine bisher unbekannte Zahl von

Todesopfern unter der palästinensischen Zivilbevölkerung gefordert hat. Er unterstützt die Resolution 1405 des UN-Sicherheitsrates.

Der Deutsche Bundestag verurteilt Positionen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Er weist Äußerungen zurück, die antisemitische Untertöne enthalten oder gar offen antisemitisch artikuliert werden. Der Deutsche Bundestag fordert mit allem Nachdruck ein offenes und couragiertes Eintreten überall dort, wo Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland bedroht oder angegriffen werden.

B. Lösung

Annahme des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8879 anzunehmen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Christian Sterzing
Berichterstatter

Dr. Helmut Haussmann
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Karl Lamers, Christian Sterzing, Dr. Helmut Haussmann und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8879 in seiner 233. Sitzung am 25. April 2002 beraten.

Der Entschließungsantrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 103. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 88. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 82. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Entschließungsantrag in seiner 96. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 103. Sitzung am 12. Juni 2002 den Entschließungsantrag abschließend beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme.

Berlin, den 12. Juni 2002

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Christian Sterzing
Berichterstatter

Dr. Helmut Haussmann
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333